

Protokoll
der öffentlichen Sitzung Nr. 21/11-15 des
Ausschusses „Soziales und Bildung“ des Beirates Neustadt
am 26. März 2014

in der Mensa der GS Buntentorsteinweg, Buntentorsteinweg 245,28201 Bremen

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:00 Uhr

Anwesend: Torsten Dähn, Ulrike Heuer, Wolf Krämer, Anke Maurer, Anna Möller, Rainer Müller, Cornelia Rohbeck

Referent/-innen und Gäste: Hr. Genthe-Welzel (Ref. 24/Senatorin für Bildung und Wissenschaft), Hr. Schlichting (Amt für Soziale Dienste), Fr. Rendigs, Fr. Schrader (beide KITA Bremen), Vertreter_innen von Schulleitungen und Horteinrichtungen des Stadtteils, Elternvertreter_innen, Vertreter_innen der Presse sowie zahlreiche interessierte Bürger_innen

Sitzungsleitung: Annemarie Czichon

Protokoll: Michael Radolla (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Top 1 – Genehmigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende bittet um die Aufnahme des Top „Neuwahl eines/einer stellvertretenden Ausschussprechers/Ausschussprecherin“ im Anschluss an die Genehmigung des Protokolls.

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit dieser Ergänzung genehmigt.

Top 2 – Genehmigung des Protokolls Nr. 20/11-15 vom 06.02.2014

Beschluss: Das vorliegende Protokoll wird genehmigt.

Top 3 – Neuwahl eines/einer stellvertretenden Ausschussprechers/Ausschussprecherin

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat das Vorschlagsrecht und schlägt Fr. Heuer zur Wahl vor.

Beschluss: Die Ausschussmitglieder wählen Fr. Heuer zur stellvertretenden Ausschussprecherin. (einstimmig)

Frau Heuer nimmt die Wahl an.

Top 4 – Anmeldesituation in den Grundschulen und Horten für das Schuljahr 2014/15:

Grundschulen:

Der Vertreter der Senatorin für Bildung und Wissenschaft erläutert zunächst kurz die Grundsätze des Anwahlverfahrens für die Grundschulen. Danach werden alle Schulen Planbezirken zugeordnet. Der Planbezirk gelte dabei als übergeordnete Einheit, innerhalb derer notwendige, aus dem Anwahlverfahren resultierende Ausgleichsmaßnahmen zu organisieren seien. Den einzelnen Schulen wiederum sind sogenannte Sprengel zugeordnet, die den direkten Einzugsbereich der jeweiligen Einrichtung darstellen. Schüler_innen, die in diesem Einzugsbereich wohnhaft sind, werden bei entsprechender Anwahl der jeweiligen Einrichtung bevorzugt berücksichtigt. Liegen mehr Anwahlen als zur Verfügung stehende Plätze vor, entscheidet die aus allen Schulleitungen des jeweiligen Planbezirktes bestehende Regionalkonferenz über die Verteilung der überzähligen Schüler_innen auf andere Einrichtungen des Planbezirktes. Die Grundlage dafür bildet die Länge des jeweils zurückzulegenden Schulweges (Ermittlung auf Basis von Google Maps).

In der Neustadt bilden die Grundschulen Buntentorsteinweg, Kantstraße, Karl-Lerbs-Straße und Oderstraße einen Planbezirk. Unter Berücksichtigung bereits erfolgter Ausgleichsmaßnahmen stellt sich die aktuelle Anmeldesituation aktuell so dar, dass die Schulen Buntentorsteinweg (3-zügig mit 63 Plätzen), Kantstraße (2-zügig mit 48 Plätzen) und Karl-Lerbs-Straße (4-zügig mit 96 Plätzen) voll ausgelastet sind. In der Oderstraße (3-zügig mit 66 Plätzen) sind dagegen aktuell noch 7 Plätze verfügbar. Bei Betrachtung der jeweiligen Erstwahlen wird zudem deutlich, dass die Grundschulen Buntentorsteinweg (11 Plätze) und Kantstraße (32 Plätze) Überhänge zu verzeichnen hatten, die durch Verteilung auf andere Einrichtungen ausgeglichen werden mussten.

Die Kritik anwesender Eltern richtet sich trotz der insgesamt ausgeglichenen Belegung im Stadtteil in erster Linie gegen den sehr hohen Anteil an gebundenen Ganztagsplätzen im Grundschulbereich des Stadtteils (rund 60% aller Plätze). Die starke Anwahl der Kantstraße als einziger Halbtagschule in der Neustadt ist ihrer Meinung nach Ausdruck eines offensichtlich starken Wunsches vieler Eltern, sich nicht für eine Ganztagsbeschulung entscheiden zu müssen. Da für diese Schulform aber nicht genügend Plätze zur Verfügung stünden, würden diesen Schüler_innen im Ausgleich dann überwiegend gebundene Ganztagsplätze zugewiesen. Diese böten mit ihrer täglich durchgehenden Betreuung bis häufig 16 Uhr (z.B. Karl-Lerbs-Straße) wenig Flexibilität für die Planung und Durchführung verschiedener Freizeitaktivitäten der Kinder und würden diese auch vielfach überfordern.

Der Vertreter der Bildungsbehörde verweist in diesem Zusammenhang auf die politische Beschlusslage, den gebundenen Ganztags als bevorzugte Schulform zu fördern und auszubauen.

Als weiterer Kritikpunkt wird von einigen Eltern die Zuweisung wohnortfernerer Schulen für ihre Kinder angeführt. In diesem Zusammenhang wird seitens der Schulleitungen nochmals auf den Grundsatz der Schulwegentfernungen hingewiesen. Hierbei könne es sich tatsächlich ergeben, dass ein Kind, das in der Nähe einer Grundschule wohnt, einer anderen Grundschule zugeordnet würde, um einem anderen Kind einen noch längeren Schulweg zu ersparen.

Horte:

Der Vertreter des Amtes für Soziale Dienste erläutert, dass trotz der relativ guten schulischen Ganztagsbetreuung in der Neustadt voraussichtlich im kommenden Kita-Jahr rund 20-25 Kinder im Stadtteil unversorgt sein werden. Der Wegfall der Hortgruppe an der Grundschule Oderstraße (Verlagerung der Hortgruppe der KiTa Warturmer Platz nach Rablinghausen) könne durch den Ausbau des Ganztags dort soweit aufgefangen werden. Daneben gebe es aber eine deutliche Überbelegung im Bereich der kirchlichen Einrichtungen (St.Pauli- und Zion-Gemeinde). Bei Kita-Bremen seien dagegen für die Hort-Gruppe Hohentor derzeit noch keine Anmeldungen eingegangen, so dass es dort Überlegungen gebe, dieses Angebot nicht aufrecht zu erhalten. Dies auch vor dem Hintergrund, dass ab Sommer der Umbau der Kita Hohentor starte und es bislang noch kein Ausweichquartier gebe. Aus Sicht des Amtes für Soziale Dienste würden diese Plätze aber nach wie vor benötigt.

Seitens des Beirates wird ein Gespräch zwischen dem Amt für Soziale Dienste, den kirchlichen Einrichtungen und Kita Bremen, möglichst noch vor den Osterferien, zur Bedarfssituation im Stadtteil vorge schlagen. Insgesamt müsse es erklärtes Ziel sein, alle bisherigen Hortplätze im Stadtteil zu erhalten.

Darüber hinaus wird die schlechte Koordination zwischen den Ressorts in Bezug auf Schulzuweisungen und die Zusagen für Hortplätze kritisiert. Derzeit würden Zusagen für Hortplätze bereits zu einem Zeitpunkt erwartet, an dem die jeweiligen Schulzuordnungen noch gar nicht erfolgt seien. Da sich Hortzusage und künftige Beschulungsform aber in direkter Abhängigkeit zueinander befänden, müsse hier eine Absprache beider Ressorts stattfinden, die der zeitlich-sachlichen Logik folgt.

Beschluss:

Erhalt aller Hortplätze in der Neustadt

Die Anmeldungen für Hortplätze in der Neustadt haben ergeben, dass alle bisherigen Hortplätze in der Neustadt weiter nachgefragt werden. Deshalb fordern wir das Amt für Soziale Dienste und die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen auf, alle bisherigen Hortplätze in der Neustadt weiterhin vorzuhalten.

Anmeldeverfahren Schule/Hort

Das Anmeldeverfahren zwischen Schule und Hort muss miteinander abgestimmt werden. Die Ressorts Bildung und Soziales müssen dies sicherstellen.
Erst nach den Zusagen der Schulen ist eine Grundlage für die Hortzusagen gegeben. (einstimmig)

Top 5 – Anmeldesituation an den weiterführenden Schulen

Der Vertreter des Bildungsressorts teilt mit, dass die Oberschule am Leibnizplatz nach wie vor hoch akzeptiert sei und dies auch durch die Anmeldezahlen eindrucksvoll betätigt werde. Aber auch die Wilhelm-Kaisen-Schule sei inzwischen auf einem guten Weg. Die Zahlen für Erst- und Zweit-Anwahlen würde hier eine deutlich steigende Akzeptanz des Standortes aufzeigen. Diese Entwicklung gelte es nun für die Zukunft zu sichern.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Top 6 – Aufnahmesituation/Zuweisung der Schüler/innen „Kleine Kinder/kurze Wege“ (Aktueller Sachstand)

Hierzu liegt eine Stellungnahme der Behörde vor, dass beabsichtigt werde, das Thema bei der nächsten Gesetzes-Änderung zu berücksichtigen; der Zeitpunkt dafür sei noch offen.

Top 7 – Wie geht es weiter mit der Schulsozialarbeit?

Hierzu teilt die Bildungshörde mit, dass nach der vorübergehenden Sicherung von 30,5 (von ursprünglich 43,39) Stellen bis zum 31.07.2014 mit Nachdruck an einer Lösung gearbeitet werde, um unnötige Unterbrechungen in der Arbeit der Schulsozialarbeiter_innen an den Schulen zu vermeiden.

Der Ausschussprecher äußert sich zuversichtlich, dass eine solche Lösung gefunden werde, möglicherweise sogar über die jetzigen 30,5 Stellen hinaus.

Top 8 – Sachstand Hausmeisterwohnung Oderstraße

Dazu liegt eine Stellungnahme des Bildungsressorts vor, dass inzwischen ein Konzeptentwurf für eine künftige Nutzung unter Einbindung verschiedener Institutionen des Stadtteils vorliege. Zu diesem Konzept gebe es allerdings noch weiteren Abstimmungsbedarf. Nach Klärung der offenen Fragen solle eine Entscheidung über die Sanierung und anschließende Anmietung der Wohnung möglichst zeitnah getroffen werden. Hierzu fänden aktuell Gespräche mit der Schulleitung statt.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zu den TOP 6 bis 8 zur Kenntnis.

Top 9 – Berichte des Amtes

- Hinweis auf die öffentlichen Beteiligungsmöglichkeiten zum Lärmaktionsplan

Top 10 – Verschiedenes ./.

Rainer Müller
Ausschussprecher

Annemarie Czichon
Vorsitz

Michael Radolla
Protokoll